

Entschließungsanträge

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/9478

Gesetz zur Einführung einer automatisierten Datenanalyse und zur Änderung weiterer polizeirechtlicher Vorschriften

1. Entschließungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen,

1. dass es erforderlich ist, der Polizei modernste Instrumente zur Verhinderung von Straftaten zur Verfügung zu stellen, um unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Insbesondere zur Verhinderung besonders schwerer Straftaten und zur Terrorismusbekämpfung muss die Polizei in der Lage sein, alle relevanten Informationen, über die sie berechtigterweise verfügt, schnell zusammenzuführen und systematisch zu analysieren. Es besteht deshalb ein fachlicher Bedarf für die Implementierung einer verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform. Klar ist aber auch, dass es sich dabei um ein technisches Hilfsmittel und keine Prognosesoftware handelt. Die abschließende Bewertung der bereitgestellten Informationen obliegt stets den Beamtinnen und Beamten der zuständigen Ermittlungsbehörden und nicht der Software;
2. dass in einer immer digitaleren und vernetzteren Welt die Handlungsfähigkeit eines Landes maßgeblich davon abhängt, wie sicher und unabhängig seine informationstechnischen Systeme sind. Gerade im Bereich der Sicherheitsbehörden erfordert die geopolitische Gesamtlage eine zunehmende europäische Eigenständigkeit. Denn dort hätte ein fehlender Zugriff auf die Daten besonders gravierende Folgen. Daneben werden regelmäßig sehr sensible Daten verarbeitet, weshalb eine Ausleitung der Daten ausgeschlossen sein muss. Baden-Württemberg strebt daher auch für IT-Produkte im Sicherheitsbereich digitale Souveränität an.

II. die Landesregierung aufzufordern,

sich aktiv und intensiv dafür einzusetzen, dass spätestens bis zum Jahr 2030 eine verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform für die Polizei von europäischen Unternehmen bereitgestellt wird und hierfür geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Die aktuellen Bestrebungen des Bund-Länder-Programms Polizei 20/20 zur Entwicklung einer gemeinsamen Lösung für die Datenanalyse sind nachdrücklich und aktiv zu unterstützen. Ziel ist eine einsatzbereite europäische Lösung, auf die die baden-württembergischen Sicherheitsbehörden umsteigen können.

4.11.2025

Andreas Schwarz
und Fraktion

Hagel
und Fraktion

**2. Entschließungsantrag
der Fraktion SPD**

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

1. auf die Nutzung des Softwareprodukts „Gotham“ sowie des Softwareprodukts „Foundry“ des Unternehmens Palantir Technologies GmbH zu verzichten,
2. sämtliche rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und zu nutzen, um die vertraglichen Verpflichtungen zu beenden und den von der Landesregierung verursachten finanziellen Schaden für das Land so gering wie möglich zu halten und
3. unverzüglich eine Ausschreibung zur Beschaffung einer europäischen verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform einzuleiten.

11.11.2025

Stoch, Binder
und Fraktion